

Alte Leute für die neuen Länder?

Statt der Rentner und Pensionäre aus dem Westen sollten die Jungen beim Aufbau helfen

Unter der Überschrift „Alte Leute für die neuen Länder?“ veröffentlichte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 21. 3. 1991, Nr. 68, auf Seite 35 folgenden Beitrag, den wir auch den Lesern der „UZ“ nicht vorenthalten wollen, zumal der Autor Dr. Georg Nolte (Max-Planck-Institut für Völkerrecht Heidelberg) seit Oktober 1990 Europarecht und Staatsrecht an der Juristenfakultät der Universität Leipzig lehrt.

Wer heute fünfundsixzig Jahre alt ist, begann sein bewußtes Leben etwa zur Zeit von Hitlers Machtergreifung. Die meisten Männer dieses Alters waren noch Soldat oder doch wenigstens beim Volkssturm eingesetzt, die Frauen an der „Heimatfront“. Nach dem Krieg hat diese Generation Westdeutschland aufgebaut. Jetzt ergehen dringende Appelle zum dritten Kraftakt: Pensionäre in die neuen Bundesländer! Da es um die Reorganisation der öffentlichen Gewalt, den Aufbau des Rechtsstaates geht, sind in erster Linie die Juristen angesprochen. Kann man etwas dagegen einwenden, daß pensionierte Verwaltungsbeamte, Richter, Staatsanwälte und Professoren helfen? Ist diese Altersgruppe nicht sogar unentbehrlich, weil nur sie das ganze Deutschland noch aus eigener Erfahrung kennt? Wohl nicht.

Neue Kolonialherren?

Nicht zuletzt an der Organisation des Aufbaus der fünf neuen Bundesländer werden die Westdeutschen von den Ostdeutschen gemessen. Die technischen Probleme dieses Aufbaus dürfen die grundsätzlichen nicht in den Hintergrund schieben. In den Sonntagsreden wird gegenwärtige Sensibilität angemahnt und zum Abbau der Mauern in den Köpfen aufgerufen. Doch was ist geeigneter, eine innere Teilnahmslosigkeit oder gar Ablehnung der Ostdeutschen hervorzuheben, als das Bewußtsein, von tageweise einreisenden Beamten verwaltet zu werden, die die Folgen ihrer Entscheidung häufig nicht mehr zur Kenntnis nehmen, weil sie nach Feierabend schon nicht mehr auf ihrem Posten sind? Muß man nicht damit rechnen, daß insbesondere die pensionierten Beamten ihre erprobten Verfahrensweisen anwenden werden und sich dabei kaum von den unerfahrenen Ostdeutschen hineinreden lassen werden? Der Kolonialherrenvorwurf könnte eines Tages noch als Untertreibung erscheinen, weil die Kolonialmächte wenigstens junge Leute geschickt haben. Zu fürchten ist die altersbedingte Selbstgerechtigkeit, das mangelnde Einfühlungsvermögen und die unbesehene Übertragung eingefahrener Muster. Dies sind keine abstrakten Überlegungen. In vielen Gesprächen im Osten bekommt man diese Einschätzung zu hören, häufig gekoppelt mit einer inneren Distanz zum Prozeß der Vereinigung, die mit so großen Hoffnungen begonnen worden war.

Nun dauert kein Freudenfest ewig und kann schon mal mit einem Kater enden. Es steht allerdings zu befürchten, daß wir es mit mehr als einem Kater zu tun haben. Es geht nicht nur darum, daß die Kosten der Einheit höher sind als erwartet und die Westdeutschen dies reichlich spät zur Kenntnis genommen haben. Es geht auch nicht primär darum, daß die Zahl der Arbeitslosen höher sein wird als ursprünglich gedacht. Was auf dem Spiel steht, ist die Würde, das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen.

Diese Würde wird stärker durch die Art berührt, wie die „personelle Hilfe“ aus dem Westen in Erscheinung tritt, als durch die Zuweisung von ein paar Milliarden Mark mehr oder weniger.

Im Bereich der Kindererziehung ist es eine Banalität, daß Eltern sich die Liebe ihrer Kinder nicht durch ein hohes Taschengeld kaufen können. Ebensowenig konnten die Milliardenbeiträge, welche die Bundesrepublik Deutschland für den UN-Militäreinsatz gegen den Irak aufgebracht hat, sie zu den innerlich anerkannten Teilnehmern der Koalition gegen Saddam Hussein machen, im Gegenteil. Reiche, aber zum Engagement

innerlich bereite Eltern und Staaten, die nur mit Geld dabei sind, nicht mit ihren Herzen, ziehen mit Recht Ressentiment auf sich. Schon deshalb muß es die Ostdeutschen tief verletzen, wenn aus Westdeutschland nur Glücksritzer, Karleute und Pensionäre zu ihnen kommen, wenn kein Westdeutscher riskiert, seine Klöder auf ostdeutsche Schulen zu schicken; wenn westdeutsche Ehefrauen die Unternehmungskraft ihrer Männer dämpfen, wenn es erforderlich ist, hohe Prämien und Beförderungen auszuloben, um qualifiziertes Personal für einen – natürlich immer zeitlich begrenzten – Einsatz im Osten zu gewinnen.

Wie ist es eigentlich zu erklären, daß die Wiedervereinigung und die Probleme der Überwindung der Teilung nicht den doch sonst häufig zu beobachtenden Schwung bei jüngeren Leuten ausgelöst haben? Vielleicht ist die Baby-Boom-Generation der Zwanzig- bis Fünfunddreißigjährigen ebenso wie die anderen von der Wiedervereinigung kalt erwischt worden. Sie hat sich bis heute nicht dafür erwärmt, weil eines ihrer Identitätsmerkmale ein Widerwille gegen Engagement in abstrakten Zusammenhängen ist. Dort, wo keine „unmittelbare Betroffenheit“

was gilt als irrational und unförmig. Die jüngste Generation der Erwachsenen ist die erste, die den in vierzig Jahren erworbenen Wohlstand genießen kann, ohne gleichzeitig mehr als nur ästhetisch unter den kollektiven psychischen Traumata der beiden älteren Generationen zu leiden. Für sie ist dieser Wohlstand aber offenbar noch nicht selbstverständlich genug, um hiervon etwas für abstraktere, also nicht materiell greifbare Vorstellungen aufs Spiel zu setzen.

Diese Überlegungen scheinen darauf hinauszuweisen, die Jungen geringerschätziger abzutun, die Alten als ungeeignet zu verwerfen und die mittlere Generation von vornherein nicht zu berücksichtigen. Doch dies wäre ein Mißverständnis. Es soll nur darauf aufmerksam gemacht werden, daß die westdeutsche Trägheit auf Ostdeutsche erniedrigend wirkt und den Keim zu späterem Zwist entstößt. Nicht daß ein solcher Zwist erstinhalt für den Bestand der demokratischen Grundordnung gefährlich sein könnte. Aber er könnte doch stark genug sein, um das innenpolitische Klima auf Jahre hinaus zu vergiften. Sobald die Ostdeutschen nicht mehr so zahm und verunsichert sind, sondern merken, daß wir sie



mehr empfunden werden kann, ist nicht ihr Platz. Die Kriegsgeneration und die sogenannten Achtundsechziger hatten sich noch unter großen Getöse gegenseitig aufgereibt; die nächste Generation wollte und will die Kämpfe der Vergangenheit eben nicht mehr weiterkämpfen.

Ihre Haltung hatte Rückwirkungen auf die Älteren. Diese gaben ihre Überzeugungen zwar nicht auf, aber es trat doch so etwas wie ein Waffenstillstand ein, eine Atmosphäre gegenwärtiger Rücksichtnahme, die selbst noch in der Entwicklung der grünen Partei zu erkennen war. Die stillschweigende Vereinbarung über gegenseitige Rücksichtnahme umfaßt auch und nicht zuletzt, alles zu vermeiden, was an überhöhten Idealismus erinnern könnte. Appelle an nationale Solidarität erinnern vor diesem Hintergrund nur unangenehm an die „Winterhilfe“ und „Waffen für El Salvador“, und so et-

mit Geld und guten Worten abspelsen, werden sie sich rühren.

Die Ostdeutschen haben den Kelch der Niederlage des „Großdeutschen Reiches“ bis zur Neige austrinken müssen und die meisten haben dabei ihre Würde nicht verloren. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß sich die Westdeutschen unter einer sowjetischen Besatzung heldenhaft verhalten hätten.

Was tun? Auf allgemeiner Ebene muß sich unter den Westdeutschen die Einsicht in die Begrenztheit der eigenen Erfahrung verbreiten. Erst dies verschafft den Ostdeutschen den notwendigen Raum, ihren geistigen Ort im vereinten Deutschland zu finden. Auf Objekt von Assimilationsansprüchen werden sie sich dann nicht fühlen, wenn auch Westdeutsche sich in sinnvoller Zahl öffnen und die geistige Situation des Ostens auf sich einwirken lassen. Der Geist

der DDR und das Lebensgefühl des Vorkriegsdeutschlands sind dort eine merkwürdige Mischung eingegangen, die von den Ostdeutschen auch zunehmend vermittelt werden kann. Diese Erfahrung ist für jeden Westdeutschen überaus lehrreich. Aber nur Jüngere können sich glaubwürdig auf Ostdeutschland einlassen und hierin eine wichtige Ergänzung ihrer eigenen Entwicklung sehen. Ein Mindestmaß an Interesse, verstärkt durch öffentliche Anerkennung, ist die einzige Bedingung.

Öffentliche Anerkennung sollte nicht durch Geld an die Alten, sondern durch Übertragung von Verantwortung an die Jungen ausgesprochen werden. Das bedeutet auch, daß die formellen Voraussetzungen für die Ausübung bestimmter Tätigkeiten herabgeschraubt werden sollten. Sicherlich ist hiermit ein in Deutschland empfindlicher Nerv berührt. Der Einwand, die Ostdeutschen sollten keine zweiklassige Verwaltung bekommen, verfährt aber nicht. In den angelsächsischen Ländern und den meisten kontinentaleuropäischen Staaten ist die Juristenausbildung erheblich kürzer als in Deutschland. Man vertraut darauf, daß die jungen Juristen, mit Anfang Zwanzig in das kalte Wasser der Praxis geworfen, schon bald schwimmen lernen. Der Druck der Entscheidungsverantwortung ist ein besserer Ausbilder als die meisten Übungsklausuren. Sicherlich kann man Juristen, die lediglich das erste Staatsexamen bestanden haben, nicht zu Richtern ernennen. Aber warum sollten sie keine Verwaltungsbearbeiter im höheren Dienst werden? Warum kann man junge Assesoren nicht umgehend mit Richterscheit in den fünf neuen Ländern betrauen? Zählen ihre Rechtskenntnisse weniger als die der aus der DDR-Zeit übernommenen Richter?

Notwendige Einfühlung

In jedem Falle würde der Vertrauensvorschuß Ansporn sein. Die privatwirtschaftlichen Vertreter des Rechtsstaates, die besten Anwaltskanzleien, haben das schon verstanden und schicken ihre Jüngsten in den Osten. Ist es nicht ein überflüssiger Luxus, wenn sich die mittlere und ältere Generation der Staatsdiener aufgrund ihrer Erfahrung für unentbehrlich hält, ein Luxus, der die Ostdeutschen teuer zu stehen kommt? Jeder Assessor, der sich mit offenem Blick auf einen mehrjährigen Aufenthalt einrichtet, wird schon allein deswegen mehr Anerkennung bei den Ostdeutschen finden als jeder Pensionär. Einen Versuch sollte es wert sein. Die höheren Instanzen werden schon dafür sorgen, daß schwarze Schafe entdeckt werden und kein Unheil anrichten können.

Das Alter derer, die das Zusammenwachsen betreiben, wird mit darüber entscheiden, ob die Vereinigung gelingt. Die Baby-Boom-Generation hat brav studiert und wartet geduldig, bis sie an die Reihe kommt. Sie hatte nie das Gefühl, gebraucht zu werden, und benötigt offenbar Zeit zur Umstellung auf die neue Lage. Wenn sie sich nicht besinnt, besteht die Gefahr, daß ein neuartiges Problem mit den Mitteln von gestern angepackt wird. Es geht im Osten nicht um den Wiederaufbau nach einem Krieg, auch wenn es im Leipziger Osten oder in Bitterfeld fast so schlimm aussieht wie damals. Das Gleichheitsproblem ist in den Vordergrund, die materiellen Fragen sind in den Hintergrund getreten. Damit hat die psychische Seite der Problematik eine herausragende Bedeutung gewonnen. Die neue Lage setzt in erster Linie Lernfähigkeit und Einfühlungsvermögen voraus, Eigenschaften also, die jüngere Leute prinzipiell eher besitzen als ältere.

Die Kriegs- und Aufbauorganisation hat ungeheure Belastungen getragen, und es ist beschämend, wenn man ihr jetzt einen dritten Kraftakt zumutet. Ihr Rat ist jederzeit und gern willkommen; ankommen sollte es auf ihn aber nicht.

Dr. GEORG NOLTE

(Der Abdruck erfolgt mit Genehmigung des Autors und leicht gekürzt.)

Die Sprache und die Kultur der Kurden

Es gibt kaum ein Volk der Erde - vor allem in vergleichbarer Größenordnung - das sich derart wenig mit der eigenen Sprache beschäftigt hat, wie die Kurden. Während die Geschichtenerzähler und Sänger ihre Texte in der jeweiligen volkstümlichen Mundart vortragen, denn ihre Sagen, Legenden oder Lieder kamen fast ausschließlich aus dem Volk, verfaßten die kurdischen Schriftsteller und Gelehrten ihre Werke zumeist in anderen Sprachen. Nicht selten war es die Sprache der Eroberer und Besatzer, also Arabisch, Türkisch oder Persisch. Dies war auch dadurch bedingt, daß sie sich oftmals an den Höfen aufhielten, dort eine Art Angestellte waren. Eine weitere Rolle spielte zweifellos die Verbreitung ihrer Werke, die selten direkt das einfache Volk erreichten.

Somit hatte die Sprache der Kurden im offiziellen Gebrauch fast keine Bedeutung, eine einheitliche kurdische Schriftsprache konnte sich nicht entwickeln. Hinzu kommt noch, daß die wenigen Dokumente, die es in Kurdisch gab, von den Fremdherrschern vernichtet wurden, um auch damit den Gebrauch dieser Sprache zu verhindern. Überlebt hat so vielfach nur, was im Volk mündlich überliefert wurde.

Eine Schwierigkeit bei der Entstehung einer kurdischen Schriftsprache lag zweifellos auch in der traditionellen Spaltung in zahlreiche Fürstentümer, die nicht nur auf verschiedene Staatsgebilde verteilt waren, und dort den entsprechenden offiziellen Sprachen unterlagen, sondern auch untereinander jeweils eigene Sprachen, vergleichbar sehr unterschiedlichen Dialekten, herausbildeten.

Die relativ selbständigen und entwickeltesten unter ihnen förderten entscheidend die kurdische Literatursprache, es waren die Fürstentümer Botan, Bahan und Ardalan.

Das Fürstentum Botan wurde Anfang des 14. Jhs. gegründet und bildete als Literatursprache das Djasiri heraus, in dem neben Ehmede Khani um 1600 vor allem die Lyriker Mala-i Djasiri, Ali Hariri und Fake Tayram ihre Werke verfaßten. Mit der Verhaftung des letzten Fürsten Badir-Khan Pascha und dessen Deportation durch die Türken wurde im 19. Jh. mit dem Untergang des Fürstentums dieser blühenden Literatursprache die Grundlage entzogen.

Ende des 15. Jhs. wurde an unteren Zab des Fürstentum Bahan gegründet. Hauptstadt des aufblühenden Staatsgebildes war die neu gegründete Stadt Sulaimania, die entstehende Literatur wurde in einer Sprache geschrieben, die als Slemani bezeichnet wird. Deren namhafteste Autoren - die Lyriker Nali, Salim und Kurdi - lebten zu Beginn des 19. Jhs. Fast zur gleichen Zeit wie Botan ging das Fürstentum Bahan unter. Ursache hierfür war vor allem die unentschiedene Politik der Dynastie des Fake Ahmed, der das Land zur leichten Beute der Türken werden ließ. Unter deren Herrschaft starb in den folgenden Jahren jede eigenständige kurdische Literatur.

Eine der ältesten kurdischen Literatursprachen, das Hawrami, entwickelte sich bereits im 14. Jh. im Fürstentum Ardalan, wo der Gelehrte und Schriftsteller Mala Paresan lebte. Samandadj im persischen Teil Kurdistans war die Hauptstadt, deren Fürsten den Titel eines Wali - Generalgouverneurs - trugen. Doch auch dieses Fürstentum überlebte die anderen beiden nur um wenige Jahre. 1867 setzte der Schah den letzten Wali ab und besiegelte mit der totalen persischen Einvernahme des Landes den Untergang Ardalans.

Diese Entwicklung, die Einnahme und Auflösung der kurdischen Fürstentümer um die Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Osmanen beziehungsweise Perser, teilte nicht nur das kurdische Volk abermals willkürlich - es warf auch die Entwicklung von Literatur und Sprache um Generationen zurück.

Die Sprachwissenschaftler sind sich mittlerweile darüber einig, daß die kurdische Sprache eine nordwestiranische Sprache ist. Dabei ist „Iranisch“ nicht gleich „Persisch“, denn nicht jede iranische Sprache ist mit dem Persischen gleichzusetzen.

Die kurdische Sprache wird als Kurmandschi oder Kirmandschi bezeichnet und teilt sich in zwei große Hauptdialekte, in Nord- und Südkurmandschi.

Daneben existieren noch einige lokal begrenzte Dialekte und eine Vielzahl von Mundarten, die manchmal nicht über ein bestimmtes Stammesgebiet hinausreichen. Das Fortbestehen dieser archaischen Sprachvarianten wurde unter anderem durch die geographischen Bedingungen und die relativ abgegrenzten Siedlungsbereiche der Sprachträger gefördert.

Sprache und deren Entwicklung kann nie losgelöst von der Entwicklung des jeweiligen Volkes betrachtet werden. Die Geschichte eines Volkes, seine gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung, beeinflusst immer in direkter Weise auch den Entwicklungsprozeß der Sprache.

So wie beispielsweise ein gesellschaftlicher Aufschwung die Sprache gleichzeitig fördert, so gerät mit einem entsprechenden Niedergang die Sprache in einen partiellen Auflösungsprozeß; der Nichtgebrauch einer Sprache ist gleichzusetzen mit ihrem Todesurteil.

Eines der krassen Beispiele in der Geschichte ist hierfür die Entwicklung des Lateinischen.

Angesichts dieser Überlegungen entlarven sich die Absichten der türkischen



und anderen Unterdrücker, die seit Jahrhunderten und bis auf den heutigen Tag den Kampf gegen das kurdische Volk auch als einen Kampf gegen seine Sprache führen.

Dabei war der Druck gegen die beiden kurdischen Hauptdialekte in der Vergangenheit unterschiedlich.

Das Nordkurmandschi, im Irak nach dem gleichnamigen Stamm auch Bahdinani genannt, hatte seine Verbreitung vor allem in der Türkei und in Syrien. Große Dichter, wie beispielsweise der bereits erwähnte Ehmede Khani, schrieben in diesem Dialekt. Indem sich die Unterdrückung aber auch immer mehr gegen die Sprache der Kurden richtete, was schließlich zum totalen Verbot vor allem in der Türkei führte, konnte sich Nordkurmandschi als Schriftsprache nicht weiterentwickeln und überlebte nur im Sprachgebrauch des Alltags.

Dagegen bildete sich das Südkurmandschi, bedingt durch die relativ günstigeren Lebensbedingungen der Sprachträger, immer mehr zur Schriftsprache der Kurden heraus. Dieser Dialekt, nach den Soran-Kurden auch als Sorani bekannt, erfuhr seine Verbreitung vor allem in Iran und Irak.

Die gegenwärtige Entwicklung der kurdischen Sprache läßt somit - immer im Kontext zu den Entfaltungsmöglichkeiten der Sprachträger - die Tendenz erkennen, daß das Nordkurmandschi sich im Vokabular dem Südkurmandschi angleicht. Indem immer mehr Kurden aus dem Norden den Dialekt des Südens erlernen, diesen aber auch gleichzeitig mit Vokabular aus ihrem ursprünglichen Dialekt bereichern, könnte dereinst Südkurmandschi die einheitliche Sprache eines einheitlichen Kurdistans sein - dies ist zumindest ein linguistischer Hoffnungsschimmer am Himmel der politisch zerstückelten Nation.

Dr. ZUHDI AL-DAHOODI